

Pressebericht zur Gemeinderatssitzung

Gemeinde Grafenrheinfeld

1. Genehmigung der öffentlichen Protokolle vom 10.11.2025; 01.12.2025 und 15.12.2025

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt das Protokoll vom 10.11.2025

Abstimmungsergebnis:

14 : 2

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt das Protokoll vom 01.12.2025

Abstimmungsergebnis:

14 : 2

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt das Protokoll vom 15.12.2025

Abstimmungsergebnis:

16 : 0

2. Liegenschaften; gemeindliche Liegenschaften; Altmain-Sporthalle; Anbindung Internetanschluss; Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Die Altmain-Sporthalle wird regelmäßig für Sportveranstaltungen, Turniere sowie Vereins- und Gemeindeveranstaltungen mit vielen Besucherinnen und Besuchern genutzt. Der Bedarf an einer leistungsfähigen Internetverbindung nimmt dabei stetig zu.

Als beispielhafte Veranstaltungen sind im Februar des kommenden Jahres "Jugend forscht" und im Mai die Deutsche Meisterschaft im Hallenkorbball in Grafenrheinfeld

Pressebericht 19.01.2026

vorgesehen. Für diese und vergleichbare Veranstaltungen ist ein zuverlässiger Internetanschluss notwendig, da Spiele, Ergebnisse und organisatorische Abläufe zunehmend digital erfolgen und teilweise live ins Internet übertragen werden.

Derzeit verfügt die Althain-Sporthalle über keinen eigenen Internetanschluss. Für größere Veranstaltungen müsste daher jeweils ein separater, technisch anspruchsvoller und kostenintensiver Internetzugang über externe Fachfirmen organisiert werden. Dies stellt keine nachhaltige Lösung dar und verursacht wiederkehrende Kosten.

Die Kulturhalle der Gemeinde ist bereits mit einem leistungsfähigen Internetanschluss ausgestattet. Aufgrund der räumlichen Nähe besteht die Möglichkeit, die Althain-Sporthalle über eine feste Leitungsanbindung an den bestehenden Anschluss der Kulturhalle mit Internet zu versorgen und damit eine dauerhafte und zukunftssichere Lösung zu schaffen.

Ein entsprechendes Angebot der Firma Noppinger für die Herstellung der Verbindung liegt bereits vor. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 9.289,76 €.

Begründung / Vorteile einer Internetanbindung

Eine dauerhafte Internetanbindung der Althain-Sporthalle bietet unter anderem folgende Vorteile:

- Erfüllung der technischen Anforderungen für überregionale und vergleichbare Veranstaltungen.
- Digitale Übertragung von Ergebnissen, Liveticker oder Streaming.
- Entlastung der Vereine durch Wegfall temporärer Internetlösungen.
- Zeitgemäße Ausstattung der Halle für Vereine, Veranstalter und Besucher.
- Wirtschaftliche und nachhaltige Nutzung vorhandener Infrastruktur.

Kosten

- Einmalige Investitionskosten: ca. 10.000 €
- Laufende Mehrkosten: gering, da vorhandener Anschluss genutzt wird

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Altmain-Sporthalle an den bestehenden Internetanschluss der Kulturhalle anzubinden. Die Ausgabe ist in den Haushalt 2026 aufzunehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme auf Grundlage des vorliegenden Angebots umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

16 : 0

3. Liegenschaften; gemeindliche Liegenschaften; Beschaffung von Strom für die öffentlichen Gebäude der Gemeinde Grafenrheinfeld; Bündelausschreibung ; Lieferjahr 2027; Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Der kommunale Stromliefervertrag endet am 31.12.2026. Mit Schreiben vom 26.11.2025 ermöglicht die ÜZ Mainfranken eG die Teilnahme an der Bündelausschreibung für das Jahr 2027. Durch die frühzeitige Teilnahme kann wieder von optimierten Preisgestaltungen partizipiert werden.

Begründung für einen Vertragsschluss über die Lieferung von Strom für die kommunalen Abnahmestellen mit der ÜZ Mainfranken eG

Die Gemeinde Grafenrheinfeld ist an der Genossenschaft ÜZ Mainfranken eG mit zahlreichen anderen Gemeinden, aber auch sonstigen Genossenschaftsmitgliedern beteiligt. Für die gemeindlichen Abnahmestellen ist, gemessen an den Verbräuchen der vergangenen Jahren (und unter Berücksichtigung der Verringerung der Abnah-

meerverhältnisse durch die Umstellung auf LED in allen Liegenschaften sowie die anstehende LED -Umstellung der Straßenbeleuchtung) , ein Stromverbrauch in einer solchen Höhe festzustellen, dass unter Berücksichtigung aktueller Strompreise für eine Vollstromlieferung der für die Anwendung des Kartellvergaberechts (Teil 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) festgesetzte Schwellenwert von gegenwärtig 221.000 EUR ohne Mehrwertsteuer auch im nächsten Jahr nicht erreicht wird.

Der Abschluss eines Stromliefervertrages für die kommunalen Abnahmestellen für den Zeitraum des Jahres unterliegt daher nicht den Bestimmungen des Kartellvergaberechts („EU-Vergaberecht“). Maßgeblich ist deshalb das Haushaltsvergaberecht. Nach § 31 Abs. 2 KommHV Kameralistik / KommHV Doppik muss der Vergabe von Aufträgen eine öffentliche Ausschreibung oder eine beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb vorausgehen, sofern nicht die Natur des Geschäfts oder besondere Umstände eine beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb oder eine Verhandlungsvergabe rechtfertigen.

In der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration über die Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich vom 31. Juli 2018 (AIIMBI. S. 547), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 8. Dezember 2020 (BayM-BI. Nr. 787) geändert wurde, wird für die bayerischen Gemeinden die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) nur empfohlen (Ziff. 4.1), ist also nicht verpflichtend anzuwenden. Die Gemeinde Grafenrheinfeld hat auch nicht die Entscheidung getroffen, dies zu tun. Deshalb kommen als besondere Gründe nicht nur solche aus der UVgO in Betracht, sondern auch sonstige besondere Gründe.

Ein solcher besonderer Grund liegt hier vor: Die Gemeinde Grafenrheinfeld ist an der ÜZ Mainfranken eG auch deshalb beteiligt, weil sie auf dem Gebiet der Energieversorgung die Vorteile der regionalen Stromversorgung nicht nur die Einwohnerinnen und Einwohner, sondern auch die Kommune selbst fördern will. Diesem Konzept entspricht es, soweit vergaberechtlich möglich, auch auf die besonderen Fähigkeiten dieser Genossenschaft zurückzugreifen. Diese Fähigkeiten bestehen hier namentlich

darin, zu günstigen Preisen (aufgrund von Skaleneffekten bei der Beschaffung größerer Mengen) auf dem Großhandelsmarkt Strom zu beschaffen und unter bloßer Hinzurechnung eines Dienstleistungsentgelts und eines Flexibilitätsaufschlags Strom an die Kommune zu liefern. Von dieser Möglichkeit soll – wie bisher – Gebrauch gemacht werden. Hierdurch wird nicht nur dem gemeindehaushaltsrechtlichen Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit genügt, sondern auch dem mit der Beteiligung an der Genossenschaft verfolgten Zweck entsprochen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Vereinbarung mit der ÜZ Lültsfeld zu schließen, um an der Bündelausschreibung teilzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

15 : 1

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Variante „ÜZ Natur“

Abstimmungsergebnis:

9 : 7

4. [KiTa Gesamtneubau; Auftragsvergabe Naturstein; Information](#)

Sachverhalt:

Im Zuge der Baumaßnahme Kindertagesstätte Grafenrheinfeld kam es zu einem unvorhergesehenen Wasserschaden, der erhebliche Verzögerungen im Bauablauf verursachte. Dadurch konnten die ursprünglich vertraglich vereinbarten Ausführungszeiträume nicht eingehalten werden und mussten neu koordiniert werden.

Die mit den Natursteinarbeiten beauftragte Firma Pittner hat mit Schreiben vom 19.11.2025 (liegt bei) mitgeteilt, dass sie aus Kapazitätsgründen nicht mehr in der Lage ist, die Natursteinverlegung im Erdgeschoss innerhalb des nunmehr verbindlichen Bauzeitenplans auszuführen. Parallel laufen im Erdgeschoss die Fliesenarbeiten durch die Firma Pittner, auch daher ist die sehr knappe Manpower nicht gegeben.

Pressebericht 19.01.2026

Die Natursteinverlegearbeiten im Erdgeschoss wurden seitens der Firma Pittner zur Fremdvergabe freigegeben. Gleichzeitig wurde klargestellt, dass der ursprüngliche Vertrag und der ursprüngliche Bauzeitenplan infolge des Wasserschadens keine Gültigkeit mehr haben, was nicht korrekt ist. Die Firma Pittner würde sich jedoch voraussichtlich auf einen langwierigen und kostenintensiven Rechtsstreit einlassen.

Ein Festhalten am bisherigen Auftragnehmer für diese Teilleistung hätte den verbindlich festgelegten Gesamtterminplan gefährdet und mit hoher Wahrscheinlichkeit zu weiteren Verzögerungen sowie erheblichen Folgekosten geführt.

Zur Sicherstellung des Bauablaufs wurde durch die Fa. hjp kurzfristig eine Markterkundung durchgeführt und drei Angebote eingeholt. Das wirtschaftlichste und terminlich geeignete Angebot stammt von der Firma Göbel. Das Angebot liegt der Beschlussvorlage bei.

- Das Angebot der Fa. Göbel liegt ca. 29.000,00 € brutto über dem ursprünglichen Auftragswert für diese Teilleistung. (Birk und Förster GmbH Firmengruppe Göbel aus Würzburg)
- Trotz der Mehrkosten liegt das Gesamtangebot weiterhin unter der ursprünglichen Kostenrechnung.
- Eine Preissteigerung zum 01.01.2026 wurde angekündigt.
- Der Arbeitsbeginn bzw. die Arbeitsvorbereitung ist für den 19.01.2026 vorgesehen.

Eine Nichtbeauftragung hätte zu einer erheblichen Zeitverzögerung, möglichen Bauzeitverlängerungen und zusätzlichen Kosten durch die Preissteigerung geführt.

Entscheidung

Aufgrund der dargestellten Sachlage, der zeitlichen Dringlichkeit sowie zur Sicherstellung der fristgerechten Fertigstellung der Kindertagesstätte hat der Erste Bürgermeister Herr Keller gem. Art 37 Abs. 3 GO die Beauftragung der Firma Göbel für die Natursteinverlegearbeiten im Erdgeschoss im Wege der dringlichen Anordnung vorgenommen.

Mögliche Ersatz- bzw. Regressansprüche gegenüber der Firma Pittner werden geprüft und gegebenenfalls rechtlich bewertet.

Art.37

Zuständigkeit der ersten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

(3)¹ Die erste Bürgermeisterin oder der erste Bürgermeister ist befugt, an Stelle des Gemeinderats oder eines Ausschusses dringliche Anordnungen zu treffen und unaufschiebbare Geschäfte zu besorgen. ²Hiervon haben sie dem Gemeinderat oder dem Ausschuss in der nächsten Sitzung Kenntnis zu geben.

Dies dient der Information des Gemeinderates.

5. Förderwesen; Karnevalclub "Rafelder Krautsköpfe" e.V.; Antrag auf finanzielle Unterstützung/Förderzuschuss zur Anschaffung neuer Gardekostüme; Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 24.11.2025 beantragt der Karnevalsclub „Rafelder Krautsköpfe“ e. V. eine finanzielle Unterstützung/Förderzuschuss zur Anschaffung neuer Gardekostüme für die Tanzgruppe Stammgarde. Die aktuellen Kostüme sind bereits knapp 20 Jahre alt und weisen deutliche Verschleißerscheinungen auf. Eine Neuanschaffung ist notwendig, um die Auftrittsfähigkeit der Garde, sowie die Sicherheit und den Tragekomfort für die Aktiven dauerhaft zu gewährleisten. Eine neue Gardekleidung stellt einen wichtigen Beitrag für die weitere Entwicklung des Vereins dar, insbesondere durch:

Sicherung der Jugendarbeit im Verein:

Die Garde besteht überwiegend aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die durch Training und Auftritte Zusammenhalt, Engagement und sportliche Aktivität erleben.

Förderung und Erhalt von Kultur und Brauchtum:

Der Gardetanz ist ein fester Bestandteil der fränkischen Faschingskultur und gehört zur regionalen Tradition.

Repräsentation des Vereins und der Gemeinde:

Die Garde tritt regelmäßig bei Veranstaltungen auf und vertritt dabei den Karnevalsclub „Rafelder Krautsköpfe“ e.V., Grafenrheinfeld auch über die Gemeindegrenzen hinaus. Pro Session stehen mehrere Auftritte in Grafenrheinfeld und in der Umgebung bei befreundeten Vereinen an.

Stärkung des regionalen Vereinslebens:

Durch gegenseitige Auftritte und Unterstützung entsteht ein lebendiges und positives Netzwerk innerhalb der Vereine.

Der Kostenvoranschlag für die geplante Anschaffung liegt wie folgt vor:

Kostüm/Uniform	13 Stück à 1.303,59 EUR	16.946,67 EUR
Hut	13 Stück à 120,00 EUR	<u>1.560,00 EUR</u>
<u>Gesamtkosten</u>		<u>18.506,67 EUR</u>

Seit dem Jahr 2011 werden Zuschussanträge von Vereinen grundsätzlich als Einzelfall vom Gemeinderat entschieden. In der Vergangenheit wurden für Investitionskostenzuschüsse, u. a. auch für Trachten, max. 15 % ausgezahlt.

Demnach wäre ein Zuschuss in Höhe von **max. 2.776,00 EUR** möglich.

Die Förderungen sind **vor** der Anschaffung bzw. Investition bei der Gemeinde zu beantragen. Diese Regelung wurde seitens der RKK eingehalten.

Die Verwaltung schlägt vor, den Zuschuss ohne Anerkennung einer Rechtspflicht zu gewähren.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Zuschuss in Höhe von 15 %, somit 2.776,00 EUR zu gewähren. Die Verwaltung wird beauftragt, den Vereinsvorstand entsprechend zu informieren und die Auszahlung zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

16 : 0

6. Bauwesen; Beratung und Beschlussfassung; Antrag auf Baugenehmigung, Neubau eines Kontrollbereichszuganges ZD3 und einer Luftschleuse am ZD-Gebäude, Kraftwerkstr., 97506 Grafenrheinfeld, Fl.Nr. 2413, Gemarkung Grafenrheinfeld

Sachverhalt:

Antrag auf Baugenehmigung:

Preussen Elektra, Kraftwerkstraße, 97506 Grafenrheinfeld

Vorhaben:

Antrag auf Baugenehmigung, Neubau eines Kontrollbereichszuganges ZD3 und einer Luftschleuse am ZD-Gebäude, Kraftwerkstr., 97506 Grafenrheinfeld, Fl.Nr. 2413, Gemarkung Grafenrheinfeld

Beschreibung, Planunterlagen:

Das Vorhaben liegt im nicht überplanten Außenbereich nach § 35 Abs. 2 BauGB.

Es ist dort privilegiert.

Gemeindliche Belange werden ansonsten nicht berührt.

Für das Vorhaben ist eine Genehmigung durch das Landratsamt erforderlich.

Betriebs- und Nutzungsbeschreibung

1. Allgemeine Angaben

Auf dem Gelände des Kernkraftwerkes Grafenrheinfeld soll ein neues Kontrollbereichs (KB)-Zugangsgebäude errichtet werden. Das Gebäude ist nicht unterkellert.

Haustechnische Anlagen, insbesondere E-Technik und Lüftungszentrale, sind in separaten Containern entlang der Westseite des Gebäudes geplant. Das geplante Gebäude hat eine Brutto-Grundfläche von ca. 1.421 m² und wird an das bestehende Entsorgungsgebäude (ZD) angebaut. Zusätzlich ist als Anbau an das Entsorgungsgebäude ZD, Bereich Achse L-N/43, die Errichtung einer neuen Luftschleuse geplant. Der Anbau hat die Abmessungen L x B ca. 4,15 x 7,50 m und soll durch die Schleusenfunktion eine Überlastung der Lüftungsanlage bei geöffnetem Tor in Achse 43 verhindern.

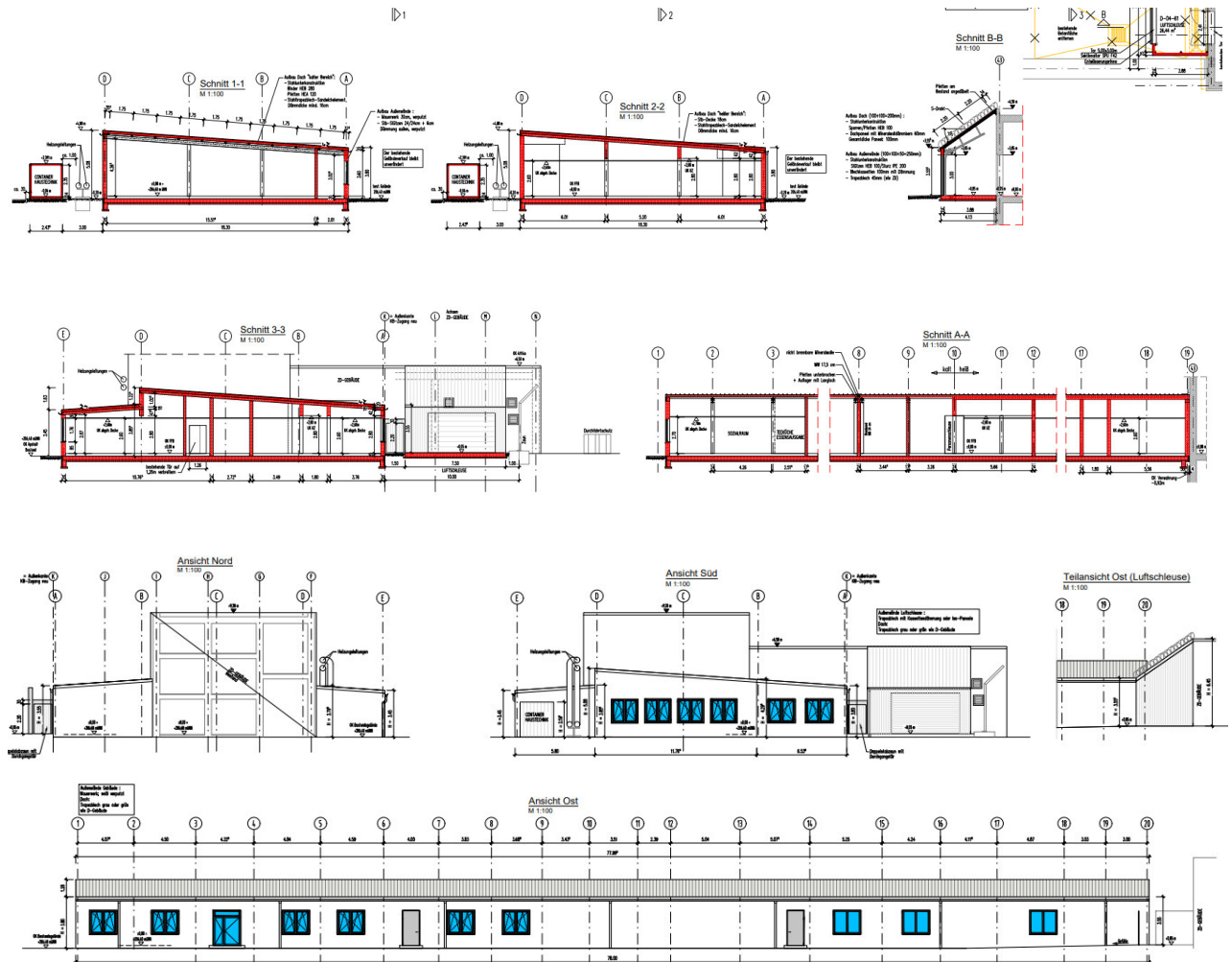
Die Gesamt-Grundfläche einschl. Luftschleuse und Haustechnikcontainer beträgt ca. 1521m².

Der bisherige Zugang über das ZC-Gebäude steht aufgrund des voranschreitenden Rückbaus in absehbarer Zeit nicht mehr zu Verfügung, so dass ein neuer KB-Zugang zwingend erforderlich wird.

Das geplante Zugangsgebäude beinhaltet einen Sozialraum, Sanitär- und Umkleidebereich, Zugangsbereich mit Personenschleuse, Eingangselektrogeräte, Wechselgarderobe, Waschraum und Ausgangsmonitore, Räume für Wäsche, Büros und Messgeräte, sowie eine Werkzeugausgabe mit Lagerbereich. Unterteilt ist das Gebäude in einen Kontrollbereich (Heißbereich) und einen konventionellen Bereich (Kaltbereich). Die Grenze dazu bildet die Achse 10. Der Zugang in den Heißbereich erfolgt durch eine Vereinzelungsanlage. Der Heißbereich erfüllt insgesamt die Anforderungen der Widerstandsklasse RC4 nach DIN EN 1627 sowie die Vorgaben der Strahlenschutzverordnung (StrlSchV).

Gegenstand des vorliegenden Berichts ist eine allgemeine Beschreibung der wesentlichen Abläufe in den einzelnen Raumbereichen sowie der Funktion aller Räume.

Pressebericht 19.01.2026



Beschluss:

Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt.

Abstimmungsergebnis:

14 : 2

7. Verschiedenes

Sachverhalt:

Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters:

Erster Bürgermeister Keller gratuliert Dritten Bürgermeister Hr. Dr. Weth nachträglich zum 81. Geburtstag.

Wirtschaft; Gewerbe; Gewerbliche Anlagen; Sand- und Kiesausbeute

Mit Posteingang vom 14.01.2026 ging der Planfeststellungsbeschluss zur Sand- und Kiesausbeute durch die Firma Glöckle GmbH & Co. KG vom 12.01.2026 bei der Gemeindeverwaltung ein. Folgende Pressemitteilung wurde an die Mainpost übermittelt.

Pressemeldung Erster Bürgermeister Christian Keller für die Gemeinde Grafenrheinfeld zum Planfeststellungsbeschluss für den Sand- und Kiesabbau

„Abbau trotz Planfeststellungsbeschluss nur dann möglich, wenn die Grundstückseigentümer bereit sind, ihre Flächen zu verkaufen oder zu verpachten. Ob und in welchem Umfang die Flur in Grafenrheinfeld erhalten bleibt, wie sie ist, liegt damit in entscheidendem Maße bei den Eigentümerinnen und Eigentümern selbst.“

Mit der Veröffentlichung des Planfeststellungsbeschlusses ist nun eine Entscheidung gefallen, die unsere Gemeinde tief trifft und viele Menschen in Grafenrheinfeld mit großer Sorge erfüllt. Die Situation ist neu, wenn auch nicht unerwartet. Zunächst müssen wir die Situation bewerten, vor allem im Hinblick auf die langfristigen Folgen für unsere Heimat. Dabei ist eines von Beginn an klar festzuhalten: Auch mit dem nun vorliegenden Beschluss kann ein Abbau von Sand und Kies auf weiteren 45 Hektar nur dann tatsächlich erfolgen, wenn die betroffenen Grundstückseigentümer ihre Flächen verkaufen oder verpachten. Sie haben es in der Hand.

Grafenrheinfeld hat in den vergangenen Jahrzehnten bereits enorme Opfer gebracht. Von ursprünglich rund 1.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche ist seit den 1970er-Jahren mehr als die Hälfte verloren gegangen. Allein rund 110 Hektar wurden für den Sand- und Kiesabbau zur Verfügung gestellt – zur Versorgung der Bauwirtschaft und damit im Interesse der gesamten Region. Keine andere Gemeinde im Umfeld hat vergleichbare Flächen und damit einen vergleichbaren Teil ihrer Kulturlandschaft einbüßen müssen.

Die Bemühungen der Gemeinde sind im Übrigen kein Selbstzweck. Über allem steht der tiefe Wunsch, dass unsere Flur, unsere wertvollen landwirtschaftlichen Flächen

Pressebericht 19.01.2026

so erhalten bleiben, wie sie sind. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, uns für unsere Gemeinde, die Landwirtschaft und unsere Landschaft mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln einzusetzen. Wenn nicht wir, wer dann?

Unsere Haltung richtet sich ausdrücklich nicht gegen die Bauwirtschaft. Grafenrheinfeld hat für die Versorgung der Region mit Sand und Kies über Jahrzehnte hinweg einen weit überdurchschnittlichen Beitrag geleistet – einen Beitrag, der unsere Gemeinde nachhaltig geprägt und auch verändert hat.

Doch irgendwo muss eine Grenze gezogen werden. Der Planfeststellungsbeschluss betrifft 45 Hektar. Ein wirklich gewaltiger Teil unserer verbliebenen landwirtschaftlichen Nutzflächen. Heimat ist kein beliebig vermehrbares Gut. Landwirtschaftliche Flächen, gewachsene Kulturlandschaften und intakte Natur lassen sich nicht einfach ersetzen, wenn sie einmal ausgebeutet sind. Die Flächen nach der Ausbeutung sind nicht mehr die gleichen wie vorher. Der Schutz unserer Lebensgrundlagen ist kein Luxus, sondern eine Verantwortung gegenüber den heutigen Bürgerinnen und Bürgern – und gegenüber kommenden Generationen.

Wir erwarten Verständnis bei allen Beteiligten. Die Gemeinde handelt nicht aus Trotz, nicht aus Verweigerung und schon gar nicht ohne Grund. Unser Handeln ist getragen vom legitimen Wunsch, die Grundlagen unseres Lebensraums zu bewahren. Wir kämpfen nicht gegen etwas, sondern für etwas – für unsere Heimat und für unsere Landschaft.

Zugleich bleibt festzuhalten: Der nun genehmigte Abbau ist kein Selbstläufer. Er kann ausschließlich dann umgesetzt werden, wenn die Grundstückseigentümer bereit sind, ihre Flächen zu verkaufen oder zu verpachten. Ob und in welchem Umfang die Flur in Grafenrheinfeld erhalten bleibt, wie sie ist, liegt damit in entscheidendem Maße bei den Eigentümerinnen und Eigentümern selbst.

Pressebericht 19.01.2026

Wir werden diesen Beschluss nun sorgfältig prüfen und weiterhin alles tun, um die Interessen unserer Gemeinde zu wahren. Grafenrheinfeld steht für Verantwortung, für Maß und für den Erhalt dessen, was unsere Gemeinde ausmacht. Dafür treten wir ein. Nicht mehr und nicht weniger.

Christian Keller

Erster Bürgermeister